

Marzahn- Hellersdorf

30. Jahrgang / Dezember 2020

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

1. Online-Basiskonferenz:

Diskussion über Wahlschwerpunkte 2021

Die Pandemie macht erfinderisch – so oder ähnlich könnten wir die Umstände unserer ersten Online-Basiskonferenz beschreiben. Ursprünglich sollten am 21./22. November 2020 unsere Hauptversammlung und Vertreter*innenversammlungen stattfinden, um auch die personellen Weichen für das „Superwahljahr“ 2021 zu stellen. Wir wollten an dem Wochenende u.a. unsere Bundestagskandidatin, die Kandidierenden für die Abgeordnetenhauswahlkreise und die BVV-Liste wählen. Die steigenden Corona-Infektionszahlen und die damit einhergehenden Einschränkungen hatten den Bezirksvorstand dazu veranlasst, die Versammlung zu vertagen. Wir hoffen, die Versammlungen im Januar 2021 im Zirkus Cabuwazi nachholen zu können. Wir wollten jedoch das avisierte Datum nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern ein Versprechen einlösen, das wir auf der Oktober-Hauptversammlung, die stark verkürzt stattfinden musste, gegeben hatten. Daher haben wir es wahrgemacht und das erste Mal als Bezirksverband eine große Versammlung online abgehalten – unsere 1. Online-Basiskonferenz.

Zu dieser Konferenz durften wir zu Beginn unsere Landesvorsitzende Katina Schubert begrüßen. Katina umriss eingangs den laufenden Prozess der Wahlprogrammerstellung und machte dabei deutlich, dass es hier auch auf uns ankommt. Als Bezirk sollten auch wir die Gelegen-

heit nutzen und artikulieren, was aus unserer Sicht unbedingt in das Landeswahlprogramm gehört. Ein Schwerpunkt wird im nächsten Jahr natürlich das Thema Mieten sein. Mit dem Mietendeckel zeigen wir, dass wir es ernst meinen mit dem Kampf gegen den „Mietenwahnsinn“. Unsere Anstrengungen für den Wohnungsneubau treiben wir dabei



Kristian Ronneburg (re) und Bjoern Tielebein als Akteure vor der Kamera bei der Online-Basiskonferenz. Foto: H. Wagner

weiter voran (in Marzahn-Hellersdorf brauchen wir uns nicht zu verstecken) und auch das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, das wir als DIE LINKE unterstützen, wird im nächsten Jahr in die entscheidende Phase gehen. Petra Pau machte auch angesichts der jüngsten Ereignisse um die Bedrängung von Bundestagsabgeordneten durch von der AfD eingeladenen „Querdenker“ darauf aufmerksam, wie wachsam wir im Kampf gegen Verschwörungstheorien, Rassismus und Antisemitismus bleiben müssen. Dabei sollten wir immer die politische Auseinandersetzung suchen, klare Kante zeigen und auf berechtigte Sorgen und Ängste eingehen. In der Debatte betonte Katina Schubert, wie wichtig es ist, dass wir angesichts der Corona-Pandemie und der vor über einem Jahr überall thematisierten Klimakrise die sozialen Auswirkungen benennen und Antworten finden müssen, wie wir im Übergang nach Corona den Zu-

sammenhalt in der Gesellschaft nachhaltig stärken und Solidarität zeigen.

In der anschließenden Debatte über das Bezirkswahlprogramm diskutierten wir über drei ausgewählte Schwerpunkte: *Stadtentwicklung, Bildung und Soziales*. Als Sozialstadträtin berichtete Julia Witt eingangs über die herausfordernde Situation angesichts der Pandemie insbesondere in unseren vielen bezirklichen Einrichtungen, die aktuell versuchen, trotz vieler Einschränkungen ein Mindestmaß an Beratung und nachbarschaftlicher Hilfe aufrechtzuerhalten. Hier zählt sich aus, dass wir als LINKE im Bezirk politisch immer zu unseren Stadtteilzentren gehalten und sie gestärkt haben. In der Debatte über die Bildung, in die Steffen Ostehr einführte, wurde vor allem hervorgehoben, dass wir unseren Blick auch bezogen auf das Wahlprogramm ausweiten müssen. Politisch beschäftigen wir uns vor allem mit der Schaffung neuer Schulplätze, was angesichts der Überbelegung vieler unserer Schulen dringend notwendig ist. Genauso müssen wir Schule auch als Ort der Demokratieentwicklung stärken und spätestens die Pandemie hat gezeigt, dass wir endlich moderne Konzepte für das Lernen brauchen. Denken sollten wir auch an die Lehrer*innen, die völlig zurecht Schutz vor Corona einfordern und bei der Umsetzung in den Schulen von der

Bildungsverwaltung im Stich gelassen werden. In der Debatte um die Stadtentwicklung wurde klar, dass LINKE Politik Wohnungsneubau und soziale Infrastruktur gemeinsam denkt. Bjoern Tielebein machte deutlich welche Initiativen die Fraktion mit Dagmar Pohle als Stadtentwicklungsstadträtin ergriffen hat, um eine soziale Stadtentwicklungspolitik umzusetzen. Ohne Druck der LINKEN hätte es beispielsweise in einem der ältesten Kieze in unserem Bezirk, der Marchwitzastraße, im Zuge eines Neubauvorhabens durch den Abriss einer Kaufhalle keine Nahversorgung mehr gegeben. Eine temporäre Alternative für den Zeitraum der Bauphase haben wir maßgeblich mit erreicht.

Jetzt gilt es anhand der Eckpunkte für das Wahlprogramm weiter zu diskutieren, Vorschläge inhaltlich zu schärfen und die vielen Ideen und Forderungen in den Basisorganisationen, den Wahlkreisen und den Facharbeitsgruppen zu besprechen. Bis zum 31. Januar 2021 können noch Anregungen, Ideen und Hinweise an die Bezirksgeschäftsstelle gegeben werden oder einfach per Mail an wahlprogramm2021@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

KRISTIAN RONNEBURG

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Vogel des Jahres gesucht / Aus den Siedlungsgebieten: Lomonossow-Oberschule in Biesdorf / Weihnachtsgruß

Seite 3: Petra Pau: Kulturlos, beschämend, erbärmlich / Aus dem Bezirksvorstand / Gratulation für Bodo Lützenberg

Seite 4: Kristian Ronneburg: „Öffi-Flat“ oder „Zwangsticket“? / Dagmar Pohle: Hausarztversorgung im Bezirk

Seite 5: Zur Person: Laurenz Terl / Rotes Sofa mit Dr. Oleg Peters per Videostream

Seite 6: Termine / Hinten links: NATO

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV im November / Kita-Plätze / Grün pflegen / Franz-Carl-Achard-Grundschule / Jugendkunstschule

„Eigentum ist eine Frucht von Arbeit.“

Abraham Lincoln
16. Präsident der USA (1861 - 1865)

Vogel des Jahres gesucht

Vogel des Jahres ist eine Kampagne, die seit 1971 vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) geführt wird. Die Auswahl des Vogels des Jahres erfolgt nach dem Kriterium der Gefährdung der Art oder ihres Lebensraumes durch den Menschen. Bisher gab es in 49 Jahren 46 verschiedene „Vögel des Jahres“. Hierbei stehen alle in Deutschland brütenden sowie die wichtigsten Gastvogelarten des Landes zur Auswahl. Dabei kann es vorkommen, dass die gleiche Art auch mehrfach mit diesem Titel gekürt wurde, wie bisher Weißstorch (1984, 1994), Eisvogel (1973, 2009) und Feldlerche (1998, 2019). Dabei steht die betreffende Art stellvertretend für bestimmte Lebensräume, auf deren Probleme aufmerksam gemacht werden soll.

Nachdem manche, gerade auch doppelte Nominierung durch Expert*innen in der Vergangenheit nicht unumstritten war, darf/soll für die Suche nach dem „Vogel des Jahres 2021“ die Allgemeinheit mitmachen. Bis zum 15. Dezember werden aus insgesamt 307 Vogelarten die Top-Ten-Kandidaten ermittelt. Die zehn von den Teilnehmer*innen meistnominierten Vogelarten gehen dann ab dem 18. Januar ins finale Rennen um den Titel. Am 19. März 2021 verkünden NABU und LBV den ersten öffentlich gewählten Vogel des Jahres. Ich selbst habe einen Tipp.

Vor einigen Jahren konnte man den Feldschwirl noch an der Hönower Weiherkette hören. Ein schlanker, unscheinbarer, olivbraun-gelblicher Vogel, der „zirpt“ wie eine Grille. Er mag offene, feuchte Landschaften, aber auch deren trockene

Randzonen, Schilf, früheres Sumpfland, braucht Sträucher und niedrigen Bewuchs als Habitat.

Es gäbe übrigens noch einen zweiten Tipp, der etwas mit unserem Bezirk zu tun hat: die Haubenlerche, eigentlich ein Vogel der Steppe und der offenen Landschaften, im noch unfertigen Hellersdorf der 1990er Jahre, aber überall auf den Resten der Baustellen der Großsiedlung anzutreffen. Wer hat ihn zuletzt noch irgendwo gesehen?

Näheres zur Aktion unter: <https://www.nabu.de/news/2020/10/28771.html>

Auf der Seite gibt es auch einen Link zu Steckbriefen der insgesamt 307 Arten.

FRANK BEIERSDORFF

Aus den Siedlungsgebieten:

Die „Lomonossow-Oberschule“ in Biesdorf

Im Ortsteil Biesdorf gibt es seit dem Jahre 2017 im Brebacher Weg 15 Haus 17 eine Schule mit internationalem Anspruch. Die deutsch-russische Schule der Mitra gGmbH ist nach dem russischen Gelehrten Michael Wassiljewisch Lomonossow (1711-1765) benannt. Mit ihrem bilingualen Unterricht ist die deutsch-russische Schule auch ein Angebot an die im Bezirk lebenden Spätaussiedler und Menschen aus der ehemaligen UdSSR. Die Schule besteht seit 2007 als private Schule und deren innovatives Konzept wurde von der Senatsverwaltung für Bildung im Jahre 2012 staatlich anerkannt. Während die erste und zweite Klasse in der Allee der Kosmonauten 123 unterrichtet

werden, ist die Oberstufe seit 2017 im Biesdorfer Brebacher Weg untergebracht. In einem denkmalgeschützten Gebäude in der Nähe des Unfallkrankenhauses Marzahn können die Schüler seit 2019 auch die gymnasiale Oberstufe belegen und sich hier auf das Abitur vorbereiten. Im Schulkonzept spricht sich die Schule für die Vielfalt der Kulturen und Sprachen aus. Die Schule ist die einzige Schule im Bezirk, wo die Schüler verbindlich eine Schuluniform tragen. Damit steht sie in der Tradition der osteuropäischen Schulen. Sie zeichnet sich durch niedrige Klassenfrequenzen und den bilingualen Unterricht in allen wichtigen Fächern aus. Für den Schulbesuch gelten die gleichen Ein-

schreibevoraussetzungen wie für alle anderen Berliner Schulen. Der Träger plant am Standort der Allee der Kosmonauten einen internationalen Schul-Campus zu entwickeln. Gegenwärtig wird dort der Grundschulstandort ausgebaut. Wir konzentrieren uns in unserem bildungspolitischen Ansatz vor allem auf die staatliche Gemeinschaftsschule. Die internationale Lomonossow-Schule bildet bei uns im Bezirk eine gute Ergänzung und schon jetzt können sich interessierte Eltern mit ihren Kindern für das Schuljahr 2021/2022 anmelden.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter



**Die Weihnachtszeit, sie rückt heran,
doch diesmal ohne Weihnachtsmann.
Er liegt zu Haus' darnieder
mit Atembeschwerden und Fieber.**



**Optimistisch wir in die Zukunft schauen,
mit Freude unseren Baum aufbauen.
Es wird schon wieder,
wenn auch Weihnachten ohne Lieder.**



**Wünschen allen ein frohes Fest,
es sich allein gut feiern lässt.
Unser Gruß dem neuen Jahr,
nicht alles schlecht im alten war.**



J.S.

Politische Einfaltspinsel

Ihr Horrorgemälde anno Corona:
in Gunst steht Ökonomie, nicht Kunst
Galerien speien zurecht
Gift und Galle
auch durch grellfarbiges Pro Wirtschaft
grassiert kulturelle Verblödung

JÜRGEN RIEDEL

Vorweihnachtlich

Geschmackskonto auffüllen
Plätzchen backen

JANINA NIEMANN-RICH

Petra Pau (MdB): Kulturlos, beschämend, erbärmlich

Am 20. 11. 2020 gab es im Bundestag eine Aktuelle Stunde zum Agieren der AfD rund um das Infektionsschutzgesetz. Ich sprach für DIE LINKE:

1. Es gibt viele Beschlüsse, die hier im Bundestag gefasst wurden oder werden, die ich strikt ablehne. Und es gibt viele Mitglieder des Bundestages, die ich bestimmt nicht Freunde nennen würde, höchstens Gegner. Aber bei allen Differenzen in der Sache würde ich sie nie als Feinde brandmarken. Feindbilder in diesem demokratisch gewählten Parlament haben mit der AfD massiv Einzug gehalten. Das ist kulturlos und undemokratisch.

2. Im Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz, das vorgestern hier beschlossen wurde, sprach die AfD von einem Ermächtigungsgesetz. Das ist eine bodenlose Unverschämtheit. Es gab in der deutschen Geschichte ein Ermächtigungsgesetz. Mit ihm löste 1933 die NSDAP den deutschen Reichstag auf. Es folgte eine faschistische

Diktatur ohnegleichen, inklusive Holocaust und dem 2. Weltkrieg mit Zig-Millionen Toten. Wer das mit einem Gesetz zur Minderung der Corona-Folgen gleichsetzt, verharmlost den Faschismus und verhöhnt dessen Opfer schamlos.

3. Übrigens: Die NSDAP zog seiner Zeit mit folgender Ansage in den Reichstag ein (Zitat): „Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“

Ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass die AfD genau diese Drohung von NSDAP-Goebbels für sich aufgegriffen hat, im Wortlaut und im Agieren. Sie sehen sich offenbar selbst als Nachfolger einer faschistischen Partei. Das ist erhellend und verheerend.

4. Folglich ist es für etliche AfD-Abgeordnete auch logisch, ja heldenhaft, wenn sie Personen in den Reichstag holen, die andere Parlamentarier hier drinnen bedrängen und bedrohen.

Aber das ist für die Mehrheit im Bundestag eben nicht logisch, sondern menschenverachtend und demokratiefeindlich.

5. Die AfD wirft anderen Parteien vor, sie würden die Corona-Epidemie parteiegoistisch missbrauchen. Ich sage für DIE LINKE: Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die AfD versucht sich auf Kosten Zigtausend erkrankter und noch mehr gefährdeter Bürgerinnen und Bürger zu profilieren. Das ist erbärmlich.

6. Schließlich: Die AfD gibt sich neuerdings als Bürgerrechts- und Freiheitspartei aus. Mit Verlaub: Das ist kein schlechter Scherz, das ist purer Etikettenschwindel einer Partei mit rechtsextremen Flügeln und rassistischen Positionen. Die AfD schützt nicht das Grundgesetz, im Gegenteil: Die demokratische Gesellschaft muss unser Land vor der AfD schützen, begonnen bei Artikel 1 Grundgesetz.

Aus dem Bezirksvorstand: Termin-Herausforderungen

Die eierlegende Wahlversammlungswollmilchsau galt es zu finden, denn die Pandemie stellt uns immer wieder vor neue terminliche Herausforderungen.

Es wird Euch aufmerksamen Genoss*innen nicht entgangen sein, dass der ursprünglich für den 05. Dezember geplante Landesparteitag auf den 16. und 17. Januar 2021 verlegt wurde und darüber hinaus nunmehr online stattfinden soll. Der casus knacktus lag nun darin, dass wir MaHe-Linken die Veranstaltung zur Nominierung unserer Spitzenkandidatin für den Bundestag - es bewirbt sich erneut Petra Pau - verlegen mussten. Ihr könnt Euch sicherlich vorstellen, dass hierzu ein lebhafter Meinungs- und vor allem Argumenteaustausch wegen des Pro und Contra der finalen Terminierung der Abgeordnetenhaus- (AH), Bezirksverordnetenversammlung- (BVV) und Bundestags- (BT) Wahlen 2021 unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden freien Daten in unserem Trüppchen stattfand. Die Luxemburg-Liebkecht-Ehrung am 10.01.2021 sei nur als ein, schon vor langer Zeit, festgelegter Terminfeiler genannt. Hauptsächlich

rangen wir um die zweimal Ein- (09.01. und 30.01.) oder einmal Zweitagesversammlungsvarianten (08.01. und 09.01. oder 29.01. und 30.01.). Für eine doppeltägige Veranstaltung sprach, dass aller Voraussicht nach der Teilnehmer*innenkreis (und somit auch der der möglichen Infektionsgefährdeten) derselbe ist und dass die, für viele ehrenamtliche, Parteiarbeit an einem Wochenende geleistet werden kann. Für eine entzerrte Veranstaltungsstrategie auf zwei Tage sprechen hingegen die kürzere physische Kontaktzeit aller Teilnehmenden sowie auch die Terminausfallrisikominimierung. Denn sollte bspw. die erste von zwei Zusammenkünften ausfallen müssen, könnte immer noch auf die zweite „aufgesattelt“ werden.

Letztlich kristallisierte sich zur Abstimmung die Tendenz zu zwei Tagen heraus - und zwar:

a) Sonnabend, 09.01.2021, für die Vertreter*innenversammlungen zur Wahl der Direktkandidat*in der BT-Wahl 2021 und Wahl der Vertreter*innen zur Aufstellung der Landesliste zum BT sowie die Wahl der Direktkandidat*innen zum Berliner AH

und Wahl der Vertreter*innen für die Wahl der Landesliste zum AH sowie

b) Sonnabend, 30.01.2021, für die Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Kandidierenden für die BVV.

Diese beiden Termine wurden final einstimmig mit „Ja“ beschlossen. Um den durchaus berechtigten Argumenten einiger BV-Mitglieder Rechnung zu tragen, fügten wir diesem Beschluss hinzu, dass unter den herrschenden Coronabedingungen in begründeten Fällen und ausnahmsweise eine Online-Zuschaltung von zu wählenden Bewerber*innen zur Vorstellung und Fragenbeantwortung in den Tagungsort organisiert werden soll. Selbstredend werden wir rechtzeitig mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten zu den o.g. Wahlen einberufen. Der Tagungsort wird jeweils das Cabuwazi sein.

Ihr seht, wir haben es wieder einmal geschafft, unsere eierlegende Wahlversammlungswollmilchsau zu hegen und zu pflegen.

KARIN MÜLLER

Herzliche Gratulation für Bodo Lützenberg

Unser Genosse Bodo Lützenberg gehört auf Vorschlag des Mieterbeirates Franz-Stenzer-Straße/Märkische Allee zu den Ausgezeichneten für den diesjährigen Preis der BVV zum „Tag des Ehrenamtes“. Diese Auszeichnung hat sich Bodo durch seinen unermüdlichen Einsatz für die Belange der Bürger*innen im Bereich der Marzahner Promenade redlich verdient. Erinnerung sei an den mehr als 10 Jahre dauernden Kampf um die Verlängerung der Fußgängerbrücke am S-Bahnhof Marzahn zum Wiesenburger Weg oder an die Rettung wertvoller Kunstgegenstände - Poststele, Bauarbeiterdenkmal - im Zuge des Abrisses des ehemaligen Hauptpostamtes und der Kaufhof-Filiale am Marzahner Tor. Er trug wesentlich zur Gründung des Mieterbeirates Franz-Stenzer-Straße bei, der als einer der

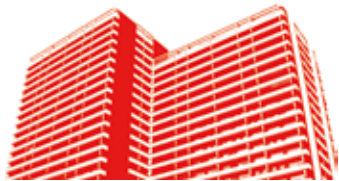
ersten in Marzahn entstanden ist.

Danke Bodo für Deinen langjährigen Einsatz, mögen sich Deine Nachfolger*innen an Deinem Motto orientieren: „Mich interessiert nicht, was nicht geht, sondern, was geht.“

Bodo Lützenberg (re) mit einem seiner langjährigen Mitstreiter im Kiez, Dr. Bernd Engling.

Foto: privat





Mangelware Schulplätze

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 19. November 2020

In der November-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde Frau Büchel, langjährige Mitarbeiterin des BVV-Büros, in ihren wohlverdienten Ruhestand verabschiedet, siehe Foto rechts. Wir danken Frau Büchel für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

Dauerproblem Schulkapazitäten

Durch unsere Priorität machte unsere Fraktion erneut auf die teils prekäre Lage der Schulen im Bezirk aufmerksam. Allein die Hälfte aller Grundschulen in Marzahn-Hellersdorf sind überbelegt. Laut Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD) sind die Grundschulen derzeit bei einer insgesamt Auslastung von 103 Prozent, bei den Oberschulen sind es 94 Prozent. Das macht wiederum deutlich, dass es dringend Entlastung für die Schulen durch Modulare Ergänzungsbauten (MEBs) und Schulcontainer braucht.

Seit 2016 sind fünf MEBs entstanden, fünf weitere sind geplant. So sollen die Grundschule an der Geißenweide, die Grundschule an der Mühle, die Grundschule am Schleipfuhl, die Ernst-Haeckel-Schule sowie die Schule am Mummelsoll Erweiterungsmaßnahmen durch MEBs erfahren. Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sarah Fingarow stellte jedoch die Frage, warum sich die geplante kurzfristige Aufstellung von Schulcontainern, insbesondere für die Grundschule an der Mühle, so lange hinziehen würde und ob eine Anmietung anstelle eines Kaufs der Schulcontainer



FOTO: ELLEN WERNING

die Wartezeit nicht verkürzen würde. Lemm entgegnete, dass die Vorbereitung der Flächen sowie die Beantragung der Gelder viel Vorlauf braucht und die Planung und der anschließende Bau einige Monate Zeit in Anspruch nehmen. Auch bei der Grundschule an der Mühle sei das der Fall. Aktuell wisse man nicht, wie lange die Planungsphase noch dauern wird.

Vorzeitiger Abriss der Wuhletalbrücke?

In der Oktober-Sitzung der BVV hatte unsere Fraktion den vorzeitigen Abriss der Wuhletalbrücke zum Thema gemacht. Die 1984 erbaute Brücke ist aufgrund ihres schlechten Bauzustandes bereits seit Sommer 2019 gesperrt. Der Verkehr von der

Zu wenig Kita-Plätze in Marzahn-Hellersdorf

In Marzahn-Hellersdorf fehlen Kita-Plätze – das geht aus einer Kleinen Anfrage an Bezirksstadtrat Lemm (SPD) hervor. Aktuell gibt es 12.905 Kita-Plätze in Marzahn-Hellersdorf, benötigt werden jedoch mindestens 13.270 Plätze. Daraus ergibt sich aktuell ein Defizit von 365 Plätzen.

Laut Bezirksstadtrat Gordon Lemm (SPD) wird der fehlende Bedarf vor allem durch die Familien selbst kompensiert, indem sie auf Kita-Plätze in anderen Bezirken der Stadt ausweichen. Als Hauptgrund für das Defizit wird der bestehende Fachkräftemangel genannt. Bis 2025/26 soll der rechnerische Mehrbedarf bei rund 2.600 Plätzen liegen. Es ist außerdem anzumer-



FOTO: PIXABAY

len, die die Akquise der Flächen und Objekte, die Bauplanungen, das Einwerben von Fördermitteln, das Einholen der Baugenehmigungen sowie die Baumaßnahme selbst einschließen. Viele der geplanten Maßnahmen halten der Komplexität des Prozesses nicht stand.“ Somit können wir davon ausgehen, dass das Defizit wesentlich größer sein wird, als die Zahl der neu geschaffenen Kita-Plätze.

Unser Bezirk braucht dringend neue Kita-Plätze. Auch in Zukunft wird es weiterhin Probleme bei der Versorgung mit Kita-Plätzen geben. Es darf nicht sein, dass Eltern ihre Kinder in eine Kindertagesstätte in einem der Nachbarbezirke bringen müssen. Ziel muss eine wohnortnahe Kita-Platz-Versorgung sein. Zumal auch die Kapitazitäten der anderen Bezirke an ihre Grenzen stoßen.

STEFFEN OSTEHR
Bildungspolitischer Sprecher

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 17. Dezember 2020, 17 Uhr, in der Frauensporthalle (FFM) in der Marzahner Promenade statt.

Märkischen Allee wird aktuell über Auf- und Abfahrtsstraßen umgeleitet. Dies macht einen Abriss und anschließenden Neubau der Brücke dringend erforderlich.

Die rot-rot-grüne Koalition sieht die Abrissarbeiten eigentlich erst für 2022 vor, obwohl das zuständige Planungsbüro bereits Anfang dieses Jahres mit dem Brückenbau beauftragt wurde. Laut Regine Günther, Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, könnte jedoch schon nächstes Jahr mit dem Abriss der Wuhletalbrücke begonnen werden. Allerdings steht die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen noch aus.

Nachdem unser Antrag zunächst in den Ausschuss für Umwelt, Natur, Verkehr und Lokale Agenda überwiesen wurde, ist er in der November-Sitzung der BVV mehrheitlich beschlossen worden! Nun muss sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat für einen vorzeitigen Abriss der Wuhletalbrücke im Jahr 2021 einsetzen.

Beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Zur künftigen Aufstellung und Weiterentwicklung des Doppelhaushaltes
- Neuordnung des Busverkehrs in Mahlsdorf-Nord – Verlegung der Buslinie 395
- Vorzeitiger Abriss der Wuhletalbrücke
- Container für die Kolibri-Grundschule zügig umsetzen
- Bahnhofsgebäude am Bahnhof Ahrensfelde instand setzen
- Flächenankauf für Freiwillige Feuerwehr Mahlsdorf zügig abschließen und Finanzierung sicherstellen
- Kitas und Schulen sollen Kontakt mit Kindern halten
- Freibad Marzahn-Hellersdorf endlich auf den Weg bringen
- Homeoffice ist keine Kinderbetreuung!
- Schienenseitige Erschließung des Gewerbegebiets „Cleantech Business Park“
- Verkehrsberuhigung in der Kastanienallee (Hellersdorf-Nord)
- Die Wildvogelstation im Wuhletal – Projekt mit berlinweiter Bedeutung
- Verkehrssicherheit an der Kreuzung Zossener Straße/Alte Hellersdorfer Straße verbessern – Beschlüsse des FahrRats umsetzen!
- Arbeitsfähigkeit der BVV und ihrer Ausschüsse sicherstellen
- Marzahn-Hellersdorf gegen den solidarischen Finanzierungsbeitrag von Kitas und den unangekündigten Einzug (durch Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- Resolution: Zusammenhalt und Rücksichtnahme.

ELLEN WERNING

ken, dass laut Antwort des Bezirksamtes „die Umsetzung von geplanten Maßnahmen zum Bau und Ausbau von Kindertagesstätten komplexe Prozesse darstel-



Grün pflegen, Artenvielfalt erhalten – ein Handbuch der guten Pflege

Es gibt kaum ein Gebiet kommunaler Politik, das so mit unterschiedlichen Interessenlagen und Erwartungshaltungen von Bürger*innen verbunden ist, wie die Pflege von Grünflächen und Parkanlagen. Selten ist jede*r Einzelne mit den Entscheidungen zufrieden. In Zeiten von Klimawandel und der Krise der Biodiversität müssen jedoch auch objektive Maßstäbe gelten, die man dann entsprechend politisch so vermitteln sollte. Berlin wird von vielen als Hauptstadt der Artenvielfalt angesehen und ist weltweit bekannt für seine historischen Parks und Gärten sowie sein beispielhaftes soziales Grün. Doch wie kann man dies für die Nachwelt erhalten, angesichts des immer stärker werdenden Nutzungsdrucks, des Drucks zur Gewinnung von Bauland, eingeschränkten Personals, aber auch natürlicher Veränderungen als Konsequenz fortschreitenden Klimawandels? Im Rahmen berlinweiter Untersuchungen wurden die verschiedenen Bereiche der Grünflächenpflege untersucht und Lösungen



Pflanzarbeiten am Peace-Zeichen im Jelena-Santic-Friedenspark. Foto: BVV-Linksfraktion

für Qualitätsverbesserungen entwickelt. Daraus entstand ein „Handbuch der guten Pflege“. Letztendlich geht es dabei um die Festschreibung von Standards, die Verbindung der Aufgaben des Erhalts des Lebensraums für Pflanzen und Tiere,

des Artenschutzes, der Biotopentwicklung, der Gartendenkmalpflege etc. Hinsichtlich der Lebensqualität für die Bewohner*innen von Berlin sind bestimmte Funktionen der Grünflächen wie beispielsweise Kühlung und Reinigung der Luft von besonderer Bedeutung: Staub und Schadstoffe werden aus der Luft „gefiltert“, Vegetation wirkt „urbanen Wärmeinseln“ und den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken entgegen.

Eine Schlüsselfrage bei der Umsetzung des Konzeptes wird der weitere Aufbau eines Grünflächeninformationssystems (GRIS) sein, in das die verschiedenen relevanten Daten einfließen sollen. Vorbei hoffentlich die Zeit, dass derjenige, der besonders gut pflegte, über die Kosten- und Leistungsrechnung bestraft wurde. Es ist zu hoffen, dass nicht nur die „amtlichen“ Gärtner*innen, sondern auch die vielen privaten Dienstleister zur neuen Dimension der „guten Pflege“ geschult werden.

FRANK BEIERSDORFF
Umweltpolitischer Sprecher

Franz-Carl-Achard-Grundschule in Kaulsdorf wird aufwändig saniert

Am 17. November 2020 fand eine Online-Infoveranstaltung zum Planungsstand der geplanten Kernsanierung der Franz-Carl-Achard-Grundschule in Kaulsdorf statt. Im vierten Quartal 2022 soll es losgehen und die Bauarbeiten werden etwa drei Jahre dauern. Dabei soll das

als einzig vertretbare Variante dargestellt. Glücklicherweise konnten diese Pläne durch den Druck der Eltern, des Heimatvereins und der Linksfraktion verhindert werden. Über 5.000 Bürgerinnen und Bürger hatten mit ihrer Unterschrift einen Einwohnerantrag der Bürgerinitiative „Sei keine Birne“ unterstützt und zum Schuljahr 2016/2017

konnte das Gebäude mit nur geringem baulichen Aufwand wieder ertüchtigt werden.

SARAH FINGAROW

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Schulausschusses

STEFFEN OSTEHR

Bildungspolitischer Sprecher



historische Schulgebäude weitestgehend erhalten bleiben und mit einem modernen Ergänzungsbau rückseitig verschmelzen. Die geplanten Kosten liegen bei 20 Millionen Euro. Während der Bauphase werden 12 der 18 Klassen weiter am Schulstandort u. a. in dem im April 2020 übergebenen Modularen Ergänzungsbau (MEB) in der Waplitzer Straße verbleiben können. Die übrigen Klassen müssen voraussichtlich in Biesdorf beschult werden. Nach der Sanierung wird die Schule 3,5 anstatt der aktuellen 2,5 Züge beherbergen und so für dringend benötigte Schulplätze sorgen.

Die jetzt geplante Sanierung wäre nicht möglich gewesen, wenn sich der ehemalige SPD-Bezirksbürgermeister und Schulstadtrat Stefan Komoß Ende 2015 mit seinen Abrissplänen durchgesetzt hätte. Er hatte den Abriss und den Bau eines MEB

Kulturforum Hellersdorf:

Einzug der Jugendkunstschule in Sicht

Das Kulturforum Hellersdorf hatte bereits seit geraumer Zeit eine Sanierung nötig. Diese dauerte allerdings gut ein Jahr länger als gedacht. Grund dafür waren angeblich der akute Mangel an guten und zuverlässigen Baufirmen.



Nun steht endlich die Fertigstellung des Gebäudes an. Das Bezirksamt verfolgt das Ziel, dass die Jugendkunstschule noch möglichst in diesem Jahr an den neuen Standort zieht. Zumindest ein Start

Anfang 2021 scheint jetzt realistisch.

Fertig ist das neue Kulturforum damit aber noch nicht. Die Innenausstattung, die für größere Veranstaltungen benötigt wird, kann noch nicht bestellt werden. Und die drängende Frage diverser Vereine: „Wann können wir dort Angebote machen?“ ist so auch nicht zu beantworten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass neben der Jugendkunstschule dort Angebote für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen etabliert werden.

Dabei begrüßen wir, dass das Bezirksamt das Haus selbst betreiben wird. Gleichzeitig soll es im Kulturforum dennoch Raum für viele Angebote freier Träger geben, die zusammen an einen Tisch geholt werden müssen. Und auch einen öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung, Wünsche und Ideen einzubringen, fänden wir gut. Damit die Menschen aus Hellersdorf sich das frisch sanierte Haus neu erobern und sagen können: „Ja, das ist ein Kulturforum für alle!“.

OLAF MICHAEL OSTERTAG
Sprecher für Kultur und Weiterbildung



Kristian Ronneburg: „Öffi-Flat“ oder „Zwangsticket“?

„LINKE in Berlin fordert die Öffi-Flatrate“ titelte das „neue deutschland“ 2015 nach einem Landesparteitag, und die Aufregung war groß. Zuvor stimmten die Delegierten in einem Punkt des Leittrahns „Mobilität für alle“ zu, dass sich der Landesverband für ein Modell für einen fahrscheinlosen ÖPNV („Öffi-Flatrate“) ausspricht. Mit einem von Harald Wolf vorgerechneten Modell könnte ermöglicht werden, dass mit einem von allen Berliner*innen getragenen Ticket der Preis auf 30 Euro im Monat gesenkt werden kann. Durch die Einführung einer solchen Abgabe würden alle Berliner*innen künftig jederzeit ohne Ticket öffentliche Verkehrsmittel nutzen können. Eine bestechende Idee, die bei den regelmäßigen Nutzer*innen des ÖPNV ankommt, aber auf der anderen Seite Debatten vor allem bei jenen auslöst, die den ÖPNV nur selten oder gar nicht nutzen. Ist es gerecht, wenn künftig alle zahlen müssen? Wir kennen ja schließlich auch die Debatten über den Rundfunkbeitrag. Beim öffentlichen Nahverkehr stellen sich zugleich noch andere Fragen. Wie wird der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln definiert? Reichen dafür die Standards aus dem Nahverkehrsplan des Senats oder sollte auch in Betracht gezogen werden, dass es einen Unterschied macht, im mit Mobilitätsangeboten reich gesegneten Innenring zu wohnen oder etwa im größten Einfamilienhaussiedlungsgebiet Europas wie in unserem Bezirk?

Diese Debatte werden wir nun besonders intensiv führen, denn die Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat mit einiger Verzögerung einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllt. Seit dem 23. November 2020 liegt die Studie zu ergänzenden

Finanzierungsinstrumenten für den ÖPNV vor. Untersucht wird in dieser Studie vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen an den ÖPNV - Sanierung des Netzes, Instandhaltung und Erneuerung der Fahrzeuge, Wachstum der Flotte, bessere Entlohnung für das Personal etc. - und der Herausforderung, Klimaschutzziele zu erfüllen und den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr zu erhöhen, wie all das finanziell bewältigt werden kann. Denn Ticketeinnahmen und Steuern werden perspektivisch nicht ausreichen und Steuereinnahmen werden auch künftig dem ÖPNV nicht zweckgebunden zugeführt werden können.

Die „Öffi-Flat“ ist dabei nur ein Teil der Studie. Neben dem Modell der Umlagefinanzierung in Form eines Bürger*innen-Tickets, das von allen Berliner*innen (mit Ausnahmen) gezahlt werden würde, untersuchen die Gutachter auch ein verpflichtendes Ticket für die Touristen der Stadt. Ein weiteres Modell ist die Nutznießerfinanzierung, denn Gewerbebetriebe und Grundstücksbesitzer*innen profitieren bereits von einem ausgebauten ÖPNV. Ähnliche Modelle wurden in Frankreich zum Beispiel bereits eingeführt. Das dritte Modell bezieht sich auf Instrumente, die vor allem eine verkehrliche Wirkung durch den forcierten Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erzielen wollen. Hier werden eine Citymaut für den Innenring und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung inkl. Erhöhung der Parkgebühren vorgeschlagen.



Dass wir in Marzahn-Hellersdorf eine Citymaut für den Innenring mehrheitlich kritisch sehen, sollte dabei klar sein. Bei allen positiven Effekten (weniger PKW in der Innenstadt, bessere Luft, weniger Lärm) sollten die Auswirkungen betrachtet werden. Die Citymaut wird Ausweichverkehre außerhalb des

Innenrings erzeugen und sie wird dafür sorgen, dass Bewohner*innen der Außenbezirke künftig eine Gebühr für die Straßenbenutzung im Innenring zahlen müssen, während es weiterhin möglich sein wird, von Friedrichshain nach Charlottenburg den ganzen Tag mit dem Auto hin und her zu fahren. Das wird zurecht als ungerecht empfunden werden. Hinzu kommt, dass bei der Maut künftig der Preis darüber entscheidet, wer aus den Außenbezirken oder Brandenburg noch überhaupt

mit dem Auto fahren kann. Profitieren werden davon definitiv keine kleinen und mittleren Einkommen.

Die Auswertung der Studie und eine darauf folgende Positionierung der LINKEN wird uns in den nächsten Monaten beschäftigen. Eure Meinungen und Hinweise interessieren mich als verkehrspolitischen Sprecher unserer Fraktion ausdrücklich. Bitte meldet euch per E-Mail: ronneburg@linksfraktion.berlin und teilt mir mit, welche Schlüsse ihr aus der Studie zieht. Die Studie kann auf der Website der Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz heruntergeladen werden - www.berlin.de/sen/uvk

Dagmar Pohle: Verbesserung der hausärztlichen Versorgung in Sicht!

Die ambulante Versorgung ist eine wichtige Säule im Gesundheitswesen. Gerade jetzt zeigt sich, dass eine funktionierende Versorgung für die Bewohner*innen, insbesondere in Hausarztpraxen, unverzichtbar ist.

Seit mehreren Jahren haben gerade neu hinzuziehende Menschen die Erfahrung gemacht, dass es nicht einfach war und ist, einen neuen Hausarzt oder eine neue Hausärztin vor Ort zu finden. Gleiche Erfahrungen machten Bürger*innen, wenn ihr angestammter Arzt, zu dem sie seit Jahren ein vertrauensvolles Verhältnis hatten, in den Ruhestand gegangen ist. Oft genug konnte die Nachfolge nicht gesichert werden und der Praxissitz verließ den Bezirk.

Viele Jahre hat die Kassenärztliche Vereinigung Berlin die Augen davor verschlossen und sich auf Anfang der 1990er Jahre per Bundesgesetzgebung festgelegte Versorgungsgrade zurückgezogen.

Gespräche, die ich gemeinsam mit Amtskolleg*innen aus Lichtenberg und Neukölln mit dem Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung in der Vergangenheit geführt habe, verliefen erst einmal ohne Anerkennung der Probleme, mit denen wir als für Gesundheit zuständige Stadträt*innen und die Bürger*innen konfrontiert waren. Von einer Unterversorgung spricht man bei einem Versorgungsgrad von 75 Prozent.

Der Versorgungsgrad liegt in Marzahn-Hellersdorf aktuell bei 90,9 Prozent, in Lichtenberg bei 84 Prozent

und in Treptow-Köpenick 81,6 Prozent. Damit spricht die KV von einer drohenden Unterversorgung.

Nun ist Bewegung in die Sache gekommen. Im aktuellen Mitgliedermagazin der KV heißt es dazu: „Mittlerweile ist auch in Berlin der Ärztemangel angekommen – zumindest in einigen Bezirken. ... Durch eine gezieltere Steuerung der Arztsitzvergabe soll auch zukünftig eine bedarfsgerechte Versorgung innerhalb Berlins gewährleistet werden.“ Die KV hatte lange versucht, am einheitlichen Planungsbereich festzuhalten. Das hat allerdings zu einer immer größer werdenden Spreizung in der wohnortnahen Versorgung zwischen den Bezirken geführt.

Deshalb sieht die Neuausrichtung der Bedarfsplanung aktuell vor, dass neue Hausarztsitze nur noch in die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick vergeben werden. KV-Prognosen zufolge könnten damit in den nächsten Jahren bis zu 130 neue Hausarztsitze entstehen, wobei für Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, die nicht getrennt betrachtet werden, 44, 5 neue Hausarztsitze zu vergeben sind. Dann wären damit wieder 100 Prozent Versorgungsgrad erreicht.

Übrigens zeigen sich noch extremer als in der hausärztlichen Versorgung die Schwankungen von 62 bis 198 Prozent in der fachärztlichen Versorgung auf Bezirksebene. Für unseren Bezirk zeigt sich das wie folgt: Augenärzt*innen 93,4 %; Frauenärzt*innen

93,6 %; Hautärzt*innen 76,4 %; HNO-Ärzt*innen 90,5 %; Kinderärzt*innen 104,0 %. Um längerfristig eine ausgewogene fachärztliche Versorgung zu sichern, sollen durch den Zulassungsausschuss der KV neu zu vergebende Sitze nur noch in Bezirke vergeben werden, die einen Versorgungsgrad von unter 90 % aufweisen. Die Entwicklung in unserem wachsenden Bezirk müssen wir auch deshalb im Auge behalten und mit der KV weiter im Gespräch sein, da es steigende Bedarfe insbesondere bei der kinderärztlichen Versorgung gibt.

Nachdem die Neuregelung bekannt geworden ist, habe ich sofort mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der KV Kontakt aufgenommen, um zu besprechen, wie ich als Gesundheitsstadträtin die Ansiedlung weiterer Ärzt*innen unterstützen kann. Ich selbst werde die direkte Ansprechpartnerin sein, wenn Niederlassungswillige Hilfe und Unterstützung bei einer Niederlassung im Bezirk benötigen. Und wir wollen mit einer Vorstellung des Bezirkes mit seinen Vorzügen und Potentialen auf der Bewerberplattform der KV dem Unwissen oder auch den Vorurteilen gegenüber dem Bezirk entgegenreten.

Ein Interview mit einer jungen Hausärztin, die seit April in Hellersdorf praktiziert, im KV-Blatt ist überschrieben mit „Dankbare Patienten und Spaß bei der Arbeit“. Und beim Lesen des Interviews finden sich Äußerungen, die hoffen lassen, dass wir bald eine bessere hausärztliche Versorgung haben können, denn Vorurteile hätten sich kaum erfüllt, und sie sei „wirklich positiv überrascht“.



Zur Person: **Laurenz Terl**

• **Laurenz, stelle Dich bitte kurz den Leser*innen vor.**

L.T.: Ich bin 19 Jahre alt, Jurastudent und seit vielen Jahren politisch aktiv. Es fing an als Klassensprecher und später als Schülersprecher, ging weiter im Landesschülerratsausschuss, der obersten demokratisch legitimierten Schülerversammlung in Berlin. Mir war es wichtig, mich auch auf Landesebene für die Belange meiner Mitschüler*innen einzusetzen. Ich liebe Sport und habe eigentlich schon alles durch. Von Leichtathletik, Badminton, Kanu-Leistungssport bis hin zum Kampfsport. Darüber hinaus treffe ich mich unglaublich oft mit Freunden (derzeit natürlich nur begrenzt möglich) und gehe feiern. Derzeit fange ich auch wieder mit Ölmalereien an. Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit.



FOTO: PRIVAT

• **Wie bist Du zur LINKEN gekommen?**

L.T.: Bereits in meinen jungen Jahren habe ich bemerkt, welche Schwierigkeiten es in unserer Gesellschaft gibt. Themen wie Antisemitismus und Rassismus machten mich besonders betroffen. Wie kann es sein, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Herkunft diskriminiert, ja

sogar verfolgt und verletzt werden? Wie kann es sein, dass Menschen auf der ganzen Welt verhungern, zugleich aber Milliarden durch Waffenexporte verdient werden?

Diese und andere Fragen beschäftigen mich bis heute. Ich wollte zumindest im Kleinen versuchen, etwas daran zu verändern. Im Jahr 2018 trat ich aus vollster Überzeugung in DIE LINKE ein.

Ich wurde jüngstes Mitglied des Bezirksvorstands und engagierte mich bis heute erfolgreich in Mahlsdorf und Kaulsdorf. Meine Schwerpunkte liegen neben der Jugend- und Umweltpolitik, bei dem Kampf gegen Faschismus.

• **Welche Pläne hast Du für Dein politisches Leben?**

L.T.: Meine oberste Devise ist es, die Hand stets an der Klinke zu halten.

Priorität hat mein Jura-Studium, das mir zwar sehr liegt, aber auch Zeit erfordert. Ich möchte im Kleinen etwas bewirken. Mein Ziel ist es, junge Menschen in Marzahn-Hellersdorf für politische Themen zu begeistern, mich für die Rechte benachteiligter Gruppen starkzumachen, das Thema Umwelt vehement zu fokussieren und dabei niemals vom Boden abzuheben.

• **Was bewegt Dich aktuell, was möchtest Du uns mit auf den Weg geben?**

L.T.: Der Winter rückt näher. Beinahe täglich sehe ich obdachlose Menschen nachts auf den Straßen frieren. Es ist wichtig, daran zumindest anteilig etwas zu ändern und mit möglichst vielen Helfer*innen den „Kältebus Berlin“ zu unterstützen. Wir sind mittlerweile mehrere Freiwillige, deren Ziel es ist, am Höhepunkt des Winters durch betroffene Orte in Marzahn-Hellersdorf zu fahren und Bedürftigen zu helfen. Könnt Ihr etwas spenden oder sogar mitmachen? Meldet Euch gerne bei mir.

• **Das Gespräch führte Hilka Ehlert.**

Unser Bezirksvorsitzender der LINKEN, Kristian Ronneburg, hat sehr gern ein Statement zu Laurenz abgegeben:

„Ich habe Laurenz vor seinem Abitur als Praktikanten bei Petra Pau kennengelernt und war beeindruckt davon, wie viel Kraft er bereits in seinem jungen Alter in politisches Engagement steckt. Ob im Bundestag, bei „Brot für die Welt“, als Streiter für das Siedlungsgebiet oder als Initiator für ein Kinder- und Jugendparlament in Marzahn-Hellersdorf: Das Engagement von Laurenz ist vielfältig, aber zielgerichtet für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Manchmal glaube ich, der Tag von Laurenz muss mehr als 24 Stunden haben. Für sein Studium der Rechtswissenschaften wünsche ich ihm viel Erfolg und gleichzeitig wünsche ich mir, dass er uns doch erhalten bleibt. Mit seiner Zielstrebigkeit können wir unsere politische Arbeit in Kaulsdorf und Mahlsdorf weiter stärken.“

Rotes Sofa im Video-Stream mit Dr. Oleg Peters

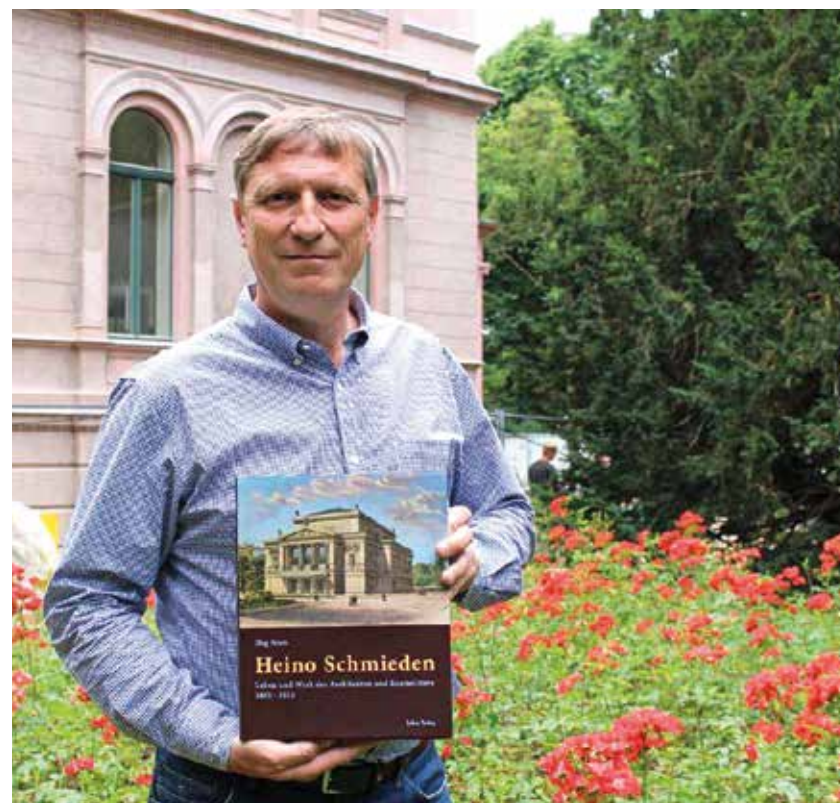
Unser Gast beim 60. „Roten Sofa“ im Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt war der Biesdorfer Autor und Bauhistoriker Dr. Oleg Peters, der seit 2012 für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf das Standortmarketing leitet. Erstmals fand das „Rote Sofa“ aufgrund der Corona-Pandemie nur als Stream auf Facebook statt. Das Gespräch führte Regina Kittler.

Oleg Peters wurde 1961 in Berlin geboren und studierte an der Universität Leipzig. Der Diplombauhistoriker arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fachbereich Wirtschaftsgeschichte. Peters ist seit 1995 publizistisch tätig. Er erarbeitete städtebaulich-historische Gutachten, Firmengeschichten und Ausstellungen. Als Denkmalschutzgutachter begleitete er etwa das Projekt Knorr-Bremse Berlin. Auch für die Restaurierung und den Wiederaufbau des Obergeschosses von Schloss Biesdorf engagierte er sich ehrenamtlich.

In den letzten vier Jahren hat der 59-jährige diplomierte Historiker und zum Dr.-Ing. promovierte Peters acht Publikationen veröffentlicht: Vom 3,4 Kilogramm schweren und fast 600 Seiten starken Band „Heino Schmieden - Leben und Werk des Architekten und Baumeisters“ bis hin zum zweisprachigen Stadtführer Marzahn-Hellersdorf im handlichen Pocket-Format.

Peters stellte vorrangig sein Buch „Schloss-Gut-Park Biesdorf“ vor. Das von 1868 - 1869 noch von Baron von Rühlleben erbaute Schloss Biesdorf stellt

das Frühwerk von Heino Schmieden dar. Das Land Berlin hatte einen Supercoup gelandet, als es das Schloss und den 380 Hektar großen Park im Jah-



Dr. Oleg Peters mit dem Heino-Schmieden-Buch.

re 1927 - acht Jahre nachdem Georg Wilhelm von Siemens gestorben war - kaufte, erklärte Peters. Für 6,65 Mio. Reichsmark, das entspricht in etwa

26,6 Mio. Euro, wechselte das Areal seinen Besitzer. „Man hat nicht nur ein tolles Areal erworben, das für die Stadterweiterung sehr wichtig war, sondern man hat auch geschickt verhandelt. Das wünschte man sich auch mal so für die heutige Zeit“, ergänzt Peters.

Wer sich das Gespräch mit Peters anschauen möchte, kann das auf unserer Facebook-Seite: facebook.com/AbgeordnetenbueroKittlerSchmidt tun.

Im Rahmen der LESE-NACHT an der M8 am 16. Januar 2021 wird Peters im Abgeordnetenbüro sein Buch „erdacht und gemacht in Marzahn-Hellersdorf“ vorstellen.

Foto: privat

Termine zum Vormerken:

● **18.12.2020 - 16 - 18 Uhr** - offene **Beratung der Landesparteitagesdelegierten** für die 1. Tagung des 8. Landesparteitags am 16./17.1.2021
Die Beratung findet online als Videokonferenz statt. Einwahldaten werden über den Mitgliederverteiler und die Bezirksgeschäftsstelle bereitgestellt.

● **09.01.2021**

10 bis 12 Uhr - Turnhalle des Zirkus Cabuwazi (Otto-Rosenberg-Str. 2)
Bezirkliche Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Wahlkreisbewerber*in im Bundestagswahlkreis 85 bei der Bundestagswahl 2021 und zur Wahl der Vertreter*innen auf der Landesvertreter*innenversammlung für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

12.30 - 18 Uhr - Turnhalle des Zirkus Cabuwazi (Otto-Rosenberg-Str. 2)
Bezirkliche Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Wahlkreisbewerber*innen in den Wahlkreisen von Marzahn Hellersdorf zur Abgeordnetenhauswahl 2021 und zur Wahl der Vertreter*innen in der Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Abgeordnetenhauswahl 2021

● **16./17.01.2021 - 1. Tagung des 8. Landesparteitags**

Der Landesvorstand von DIE LINKE. Berlin hat einstimmig beschlossen, den ursprünglich für den 5. Dezember 2020 geplanten Landesparteitag zur Neuwahl des Landesvorstands auf den 16. und 17. Januar 2021 zu verschieben und ihn als Online-Parteitag durchzuführen. Antragsschluss ist demzufolge der 19. Dezember 2020 um 10.00 Uhr (resp. 9. Dezember 2020 um 10.00 Uhr) Eingang in der Landesgeschäftsstelle. Die Wahlen werden in den bezirklichen Geschäftsstellen stattfinden.

● **30.01.2021 - 10 bis 18 Uhr** - Turnhalle des Zirkus Cabuwazi (Otto-Rosenberg-Str. 2)

Bezirkliche Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Liste für die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf

Bezirksvorstand

» **15.12., 12.01., 26.01.** jeweils 19 Uhr - bis auf Widerruf per Videokonferenz (Einwahldaten bitte telefonisch erfragen)

Basis-Koordinierungsberatungen

- » **2.12., 19 Uhr**, BO WK 4, per Video-/Telefonkonferenz
- » **3.12., 19 Uhr**, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin
- » **8.12., 18.30 Uhr**, BO WK 2, Ort telefonisch erfragen unter 030 5412130
- » **10.12., 17-19 Uhr**, BO WK 5, per Video-/Telefonkonferenz
- » **15.12., 11.01.** jeweils **19 Uhr**, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» **23.12., 10-12 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, unbedingt vorher telefonisch anmelden unter: 030 99289380

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» **nach persönlicher Anmeldung** unter Telefon: 030 54980323 oder E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» **nach persönlicher Anmeldung** unter Telefon: 030 54980322 oder E-Mail: buero@regina-kittler.de

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» **Jeden 1. und 3. Mittwoch** im Monat im Kiezbüro **von 16 bis 18 Uhr**, Cecilienplatz 5, **nach vorheriger Anmeldung** per Telefon 030 47057520 oder per E-Mail unter volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, zurzeit nur per Telefon: 030 902935820 (mo 16-18 Uhr, di 10-12 Uhr, mi 15-17 Uhr, do 15-18 Uhr) oder per E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Kommen Sie gut ins neue Jahr.

Alles Gute für 2021!



Hinten links:

NATO

Zu diesem Thema befand in den 1960'er Jahren Willy Brandt: „... Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt. Solange es ein Verteidigungsbündnis bleibt, ist es erwünscht, weil für einen Notfall notwendig. Aber daraus ein Instrument zur Umgestaltung fremder Staaten zu machen, daran sollten wir nicht mitwirken ...“

Und mittlerweile steht die NATO an Russlands Grenzen.

Am 15.11. erklärte Wladimir Putin:

„... Auf unseren Vorschlag, militärische Aktivitäten während der Epidemie zu reduzieren, reagierte das Bündnis überhaupt nicht. Darüber hinaus hat die Intensität der Luftwaffen- und Marine-Aktivitäten der NATO-Staaten nur noch zugenommen.“

Frage

Inwiefern hält der militärische Flugverkehr der NATO und der USA unter Corona-Bedingungen die europäische Luftverkehrswirtschaft „am Leben“?

R. RÜDIGER

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler (MdB)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Öffnungszeiten: mo 15-18 Uhr, di 10-12 Uhr, mi 14-16 Uhr, fr 10-12 Uhr

» **Kristian Ronneburg (MdB)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 15-19 Uhr, mi 16-18 Uhr, do 10-15 Uhr

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr	Schließtag:
Öffnungszeiten:	Dienstag:	13 - 17 Uhr	21.12.2020 bis
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr	03.01.2021
	Freitag:	10 - 13 Uhr	

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 26.11.2020. **Auslieferung ab 01.12.2020.**

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am **05.01.2021 (Anlieferung aus Druckerei).**